

# Graber kämpft für tiefere Energiekosten

**VORSTOSS** Es darf nicht sein, dass die Zentralschweiz so hohe Strompreise hat, sagt CVP-Ständerat Konrad Graber. Er verlangt nun mehr Preisgerechtigkeit.

JÜRGEN AUF DER MAUR  
juerg.aufdermaur@zentralschweizsamsonntag.ch

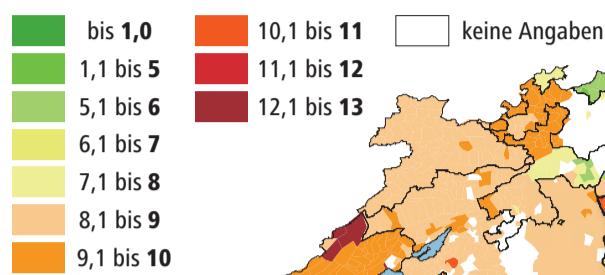
Geht es um die Strompreise, besteht in der Schweiz ein riesiges Gefälle. Die Zentralschweiz – und insbesondere der Kanton Luzern – ist diesbezüglich eine eigentliche Preishölle. Der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber will das nicht mehr länger einfach so hinnehmen. Er hat nun einen Vorstoss eingereicht mit der Absicht, dass in der Septembersession nicht nur über den Atomausstieg, sondern auch über die grossen regionalen Preisunterschiede geredet wird. «Es darf doch nicht sein, dass innerhalb der Schweiz so grosse Differenzen vorkommen», sagt Graber.

## Luzerner zahlen 71 Prozent mehr

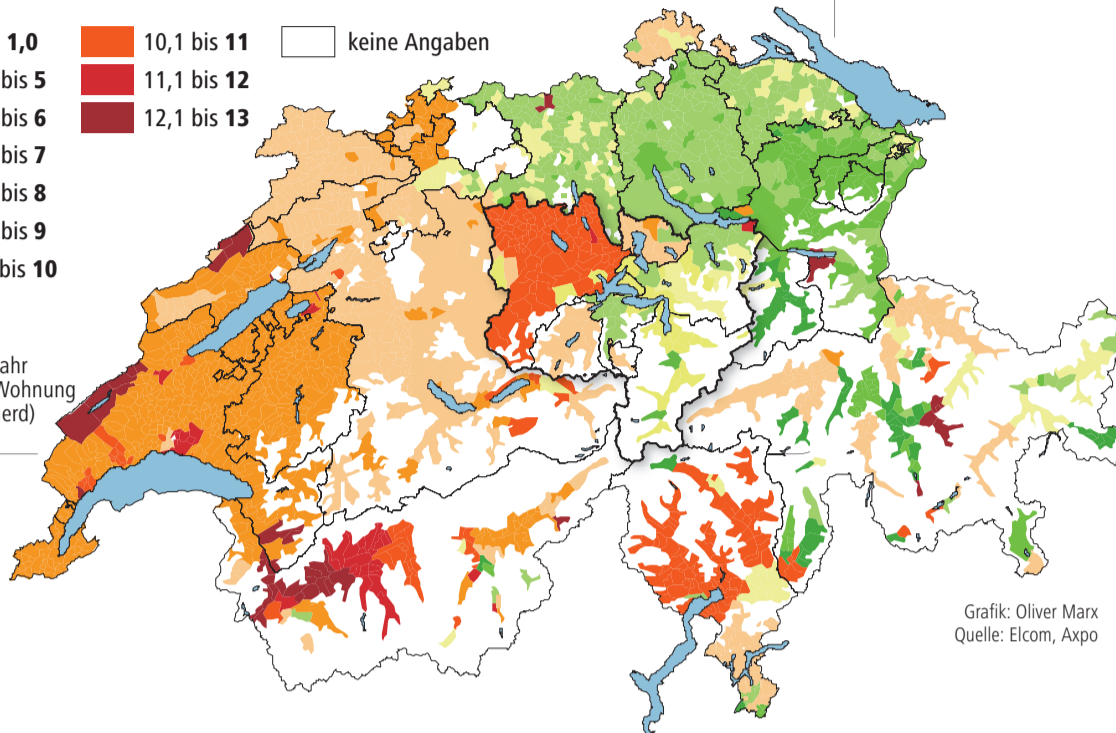
Er hat noch ein zweites Anliegen. Gegner des Atomausstiegs weisen immer wieder darauf hin, dass damit ein massiver Preisanstieg verbunden wäre. Das stimmt, betont nun Graber, doch im Vergleich zum bereits bestehenden Gefälle in der Schweiz sei das geradezu vernachlässigbar. Berechnungen zeigen nämlich, dass eine Familie im zürcherischen Fischental rund 280 Franken weniger pro Jahr für ihren Strombedarf ausgibt als ihre Vergleichsfamilie in Grosswangen. Hier kommt die Stromrechnung auf 673 Franken pro Jahr zu stehen – satte 71 Prozent mehr als in der Zürcher Vergleichsgemeinde.

## Strompreis 2010: Die Unterschiede in der Schweiz

Rappen pro Kilowattstunde (Rp./kWh)



**Profil H2:**  
2500 kWh/Jahr  
(4-Zimmer-Wohnung  
mit Elektroherd)



Grafik: Oliver Marx  
Quelle: Elcom, Axpo

Es sei, so Graber, «nicht einsichtig», weshalb die Strompreise so stark variieren. Bei anderen Gütern, die ebenfalls zur Grundversorgung gehören, sind diese Unterschiede weit geringer. Post- und Telefentarife sind landesweit gleich, und selbst der Benzinpreis, der je nach Region auch unterschiedlich hoch ausfällt, bewegt sich innerhalb einer überschaubaren Bandbreite. Was beim Strom passiert, erinnert Graber an einen verkappten Finanzausgleich, indem die Zentralschweiz dafür sorgt, dass in Zürich und anderen Gebieten der Strom

weit günstiger angeboten werden kann. Entsprechend will der CVP-Ständerat vom Bundesrat nun wissen, ob er sich dessen bewusst ist und ob er diese Unterschiede politisch stützt. Für Graber soll sich die jetzt angelaufene Debatte über die Neugestaltung der Energiepolitik nicht nur auf die Atomausstiegsfrage beschränken, «sondern auch für faire Strompreise für alle sorgen».

## Sukkurs von Luzerner Regierung

«Mit seinem Vorstoss nimmt Ständerat Konrad Graber ein wichtiges Anliegen

auf. Dass die Strompreise in Luzern und in der ganzen Zentralschweiz höher sind als anderswo, ist eine Ungerechtigkeit», betont der Luzerner FDP-Volkswirtschaftsdirektor Robert Küng. Mit seinem Vorstoss bereite Graber das Terrain für die Luzerner Standesinitiative, die ebenfalls eine fairere Preisgestaltung im Visier hat, aber erst im kommenden Jahr vom neuen Parlament in Bern behandelt wird. Dass dank Grabers Vorstoss diese Ungerechtigkeit bereits jetzt im Parlament ein Thema wird, «begrüssen wir sehr», sagt der FDP-Regierungsrat. Auch

für ihn haben die grossen Preisunterschiede «mit innereidgenössischer Solidarität jedenfalls nichts zu tun».

Die hohen Zentralschweizer Strompreise kamen diese Woche auch bei einem Anlass des Bundesamtes für Energie zur Sprache. Rund 150 Personen aus Politik und Wirtschaft nahmen daran teil und bekamen von Bundesamtsdirektor Walter Steinmann Informationen aus erster Hand. Er ermunterte die Luzerner Unternehmen, den Blick aus der Region zu werfen und sich nach Stromlieferanten im Ausland umzuschauen: «Es könnte für grosse Stromverbraucher spannend sein, nach Alternativen Ausschau zu halten», sagte Steinmann und ergänzte: «Es gibt im EU-Raum andere Lieferanten als die lokalen.» Wer Wettbewerb wolle, der müsse auch bereit sein, sich entsprechend zu verhalten und nach günstigeren Angeboten zu suchen, ergänzte der BFE-Direktor.

## «Es herrscht kein Markt»

«Die Aussage von BFE-Direktor Walter Steinmann ist gut gemeint, letztlich aber etwas hilflos», sagt dagegen Markus Imhof, COO von Schmolz+Bickenbach. In der Praxis sehe es anders aus. Konkret: «Wir haben Verträge mit den CKW, und selbst wenn der Vertrag nicht mehr da wäre, müsste uns zuerst jemand eine Offerte unterbreiten. Genau da hapert es aber.»

Die Erfahrung, die Imhof für das Werk in Emmenbrücke gemacht hatte, zeigt die Schwierigkeit. Vor einem Neuabschluss des CKW-Vertrages suchte er nach anderen Stromlieferanten im In- und Ausland. Niemand wollte darauf einsteigen. Für Imhof ist klar: «Es herrscht kein Markt.» Deshalb bleibe auch Steinmann letztlich nur zu hoffen, dass sich ab 2014 mit der Liberalisierung des Strommarktes auch tatsächlich Markt einstelle.

ANZEIGE



“Feldschlösschen setzt seit 1992 auf Biogas und deckt 40% des Wärmeverbrauchs am Hauptsitz durch erneuerbare Energien. Dank vielfältiger Klimaschutzmassnahmen konnten wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoss seit 2007 um 19% reduzieren.”

Thomas Metzger,  
CEO Feldschlösschen



Die Wirtschaft reduziert freiwillig über vier Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Das entspricht einem Viertel des Gesamtausstosses des schweizerischen Verkehrs.

Freiwilliger Klimaschutz funktioniert

